

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Bundesgesetz über die Vergabe von Aufträgen (Bundesvergabegesetz 2017), ein Bundesgesetz über die Vergabe von Konzessionsverträgen (Bundesvergabegesetz Konzessionen 2017 – BVergGKonz 2017) und ein Bundesgesetz über die Regelung des Rechtsschutzes für Vergaben des Bundes im Öffentlichen Personenverkehr (Bundesvergaberechtsschutzgesetz Öffentlicher Personenverkehr – BVRG-ÖPV) erlassen werden sowie das Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 geändert wird (Vergaberechtsreformgesetz 2017)

Vortrag an den Ministerrat

In der Anlage wird der Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Bundesgesetz über die Vergabe von Aufträgen (Bundesvergabegesetz 2017), ein Bundesgesetz über die Vergabe von Konzessionsverträgen (Bundesvergabegesetz Konzessionen 2017 – BVergGKonz 2017) und ein Bundesgesetz über die Regelung des Rechtsschutzes für Vergaben des Bundes im Öffentlichen Personenverkehr (Bundesvergaberechtsschutzgesetz Öffentlicher Personenverkehr – BVRG-ÖPV) erlassen werden sowie das Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 geändert wird (Vergaberechtsreformgesetz 2017) zur Genehmigung vorgelegt.

Hauptinhalt des Entwurfes des Vergaberechtsreformgesetzes 2017 ist die Umsetzung der EU-Vergaberichtlinien 2014/23/EU, 2014/24/EU und 2014/25/EU, die damit einhergehenden Adaptierungen der vereinfachten Regelungen für den Unterschwellenbereich sowie die Einrichtung eines Rechtsschutzsystems für Vergaben des Bundes im Öffentlichen Personenverkehr. Dabei sollen die vergaberechtlichen Regelungen unter größtmöglicher Ausnützung der unionsrechtlichen Spielräume vereinfacht und flexibilisiert werden. Daneben werden die mit der Bundesvergabegesetz Novelle 2016 eingeführten Bestimmungen betreffend das Bestangebotsprinzip und die Subvergabe weiterentwickelt bzw. ergänzt sowie Anpassungen im Bereich des Rechtsschutzes vorgenommen.

Der Entwurf eines Bundesvergabegesetzes 2017 wurde vom Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst einem allgemeinen Begutachtungsverfahren unterzogen.

Wir stellen daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle den beiliegenden Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Bundesgesetz über die Vergabe von Aufträgen (Bundesvergabegesetz 2017), ein Bundesgesetz über die Vergabe von Konzessionsverträgen (Bundesvergabegesetz Konzessionen 2017 – BVergGKonz 2017) und ein Bundesgesetz über die Regelung des Rechtsschutzes für Vergaben des Bundes im Öffentlichen Personenverkehr (Bundesvergaberechtsschutzgesetz Öffentlicher Personenverkehr – BVRG-ÖPV) erlassen werden sowie das Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 geändert wird (Vergaberechtsreformgesetz 2017), die Erläuterungen, die Textgegenüberstellung sowie das Vorblatt samt wirkungsorientierter Folgenabschätzung genehmigen und dem Nationalrat zur verfassungsmäßigen Behandlung zuleiten.

1. Juni 2017

Der Bundesminister für
Kunst und Kultur, Verfassung und Medien:
DROZDA

1. Juni 2017

Der Bundesminister für
Verkehr, Innovation und Technologie:
LEICHTFRIED